Politische Kommunikation im Staatssozialismus nach 1945

Veranstalter: Kirsten Bönker / Stephan Merl, Sonderforschungsbereich 584, Teilprojekt B 11: Bittschriften als Form und Medium der politischen Kommunikation in Russland: Die UdSSR nach dem Zweiten Weltkrieg, Fakultät für Geschichtswissenschaft, Philosophie und Theologie, Abt. Geschichte, Universität Bielefeld
Datum, Ort: 07.10.2011-08.10.2011, Bielefeld
Bericht von: Julian Mühlbauer, Historisches Institut, Osteuropäische Geschichte, Justus-Liebig-Universität Gießen

Der Sonderforschungsbereich (SFB) 584 „Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte“ lud am 07. und 08. Oktober 2011 zum Workshop „Politische Kommunikation im Staatssozialismus nach 1945“ nach Bielefeld. In vergleichender Perspektive sollten die komplexen kommunikativen Prozesse zwischen staatssozialistischen Regimen und den jeweiligen Bevölkerungen anhand dreier zentraler Kommunikationskanäle untersucht werden: Briefe, Medien und Versammlungen. Im Mittelpunkt des Interesses stand die Frage, inwieweit die damit verbundenen Kommunikationsakte unter den spezifischen Bedingungen der autoritären Regime als 'politisch' verstanden werden können. Einem weit gefassten Begriff des 'Politischen' folgend, ist Kommunikation im Sinne des SFB immer dann 'politisch', wenn sie als verbindlich, nachhaltig und breitenwirksam beschrieben werden kann oder diese Attribute beansprucht, „Regeln des Zusammenlebens, Machtverhältnisse oder Grenzen des Sag- und Machbaren thematisiert“ und „auf vorgestellte überindividuelle Einheiten“ rekurriert (Forschungsprogramm des SFB).

KIRSTEN BÖNKER (Bielefeld) konkretisierte das mit dem Workshop verbundene Forschungsinteresse dahingehend, dass nach Grenzverschiebungen zwischen staatlicher und privater Sphäre, Politisierungen und Depolitisierungen von Themen und Stabilisierungseffekten durch spezifische Kommunikationsweisen und Medien in staatssozialistischen Systemen gefragt werden sollte. Die auf die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts fokussierte Tagung war nicht nur interdisziplinär angelegt, sondern darüber hinaus international besetzt und bot beste Möglichkeiten für einen fundierten länderübergreifenden Vergleich. Neben HistorikerInnen waren MedienwissenschaftlerInnen, SoziologInnen und PolitologInnen zugegen, die in fünf Panels unterschiedliche Räume, Akteure und Medien in den Blick nahmen und auf das 'Politische' in der Kommunikation hin beleuchteten.

In seiner Einführung zu den „Perspektiven politischer Kommunikation im Staatssozialismus nach 1945“ ging STEPHAN MERL (Bielefeld) von der These aus, dass bestimmte kommunikative Strategien staatssozialistischer Diktaturen in Verbindung mit kollektiven Verdrängungsmechanismen und Kontrolle über die öffentliche Kommunikation zur relativen Stabilität des osteuropäischen Sozialismus geführt hätten. Dabei hätten die Regime der Bevölkerung durch vertikale Kommunikationswege Freiräume eingeräumt, um die horizontale Kommunikation einzudämmen. Gleichzeitig sei mittels Repression, Feindbildschemata und Ritualen versucht worden, eine kollektive Identität zu stiften.

Das erste Panel fragte nach den Ausprägungen und Strategien staatlicher Propaganda. AGNIESZKA ZAGAŃCZYK-NEUFELD (Bochum) konstatierte in ihrem Beitrag „Lügt die Partei wirklich?“ über Rechtfertigungsstrategien der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, dass der Sozialismus in Polen auf einer strukturellen Lüge gefußt habe, die zur allgemein anerkannten ‚Wahrheit' transformierte. Nationalistische Legitimationsversuche und systematische Verschleierung hätten als Taktiken der Systemstabilisierung die weitaus größere Rolle gespielt als dogmatische Bezugnahmen auf kommunistische Heilsversprechen. Ihre Ausführungen verband die Referentin mit dem Appell, auch das offizielle Publikationswesen, die sogenannte gesellschaftlich-politische Literatur als Quellengattung in die Kommunismusforschung einzubeziehen. Die Studie der Münchner MedienwissenschaftlerInnen ANKE FIEDLER und MICHAEL MEYEN bereicherte den Workshop durch die Verknüpfung quantitativ-sozialwissenschaftlicher Me-

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

thoden mit einer qualitativen Analyse der Inhalte und Kurskorrekturen ausgewählter DDR-Tageszeitungen. Der politischen und ökonomischen Berichterstattung in den Printmedien als Teil der staatlichen Propaganda sei eine stupide Gleichförmigkeit zu Eigen, welche jedoch nicht nur Zielgruppenorientierung erkennen ließe, sondern offensichtlichen – zumeist politischem Kalkül folgenden – Wandlungsprozessen unterworfen gewesen sei. MARK MILLER (Cambridge) schloss mit einer Untersuchung darüber an, wie sich die „Neue Ostpolitik" Willy Brandts in der ostdeutschen Medienlandschaft widerspiegelte. Die Furcht der SED-Führung vor der Popularität Brandts in der DDR führte ihm zufolge zu einer medialen Anti-Brandt-Kampagne, welche die Indienststellung der Massenmedien für die Ziele der Partei erkennen ließe. In seinem Kommentar plädierte CHRISTOPH BOYER (Salzburg) für eine Neubewertung der Ergebnisse bisheriger Propaganda-Forschung jenseits tradierter Totalitarismus-Vorstellungen. Deren bipolare Weltsicht könne die Komplexität propagandistischer Inszenierungen, zeitlicher Abläufe und Verschränkungen zwischen Partei und Bevölkerung nicht erfassen.

Das zweite Panel unter Leitung von Malte Griesse (Bielefeld) war dem Humor als Strategie medialer Kommunikation gewidmet. IVANA DOBRIVOJEVIC (Belgrad) zeigte anhand jugoslawischer Cartoons der ersten Nachkriegsdekade die Wirkkraft und Wandlungsfähigkeit zentral gesteuerter Medienpolitik auf. Die Analyse ausgewählter Karikaturen ließe einen „U-Turn" in der Außenpolitik der jugoslawischen Staatsführung erkennen und darauf schließen, dass auch eine satirische Verarbeitung des politischen Stoffes für die staatssozialistische Propaganda nutzbar gemacht worden sei. Ebenfalls auf satirische Aushandlungsprozesse zielte der Beitrag über das sowjetische Satiremagazin *Krokodil* von ANNA TIKHOMIROVA (Reutlingen). Mittels „Lachen von oben" und begrenzter Enttabuisierung bestimmter Problemfelder seien durch die Lektüre dieser Zeitschrift Unzufriedenheiten absorbiert worden. Als sowjetische „Stiftung Warentest" oder „lachender Mediator" habe *Krokodil* somit zwar nicht zur Legitimation des sozialistischen Systems, sehr wohl aber zur Schaffung eines Normalitäts- und Akzeptanzgefühls beigetragen. THOMAS BOHN (Gießen) wies in diesem Zusammenhang – illustriert anhand der weißrussischen Satirezeitschrift *Vožyk* – auf Absurditäten des sowjetischen Alltags hin, die nur mit Zynismus zu beantworten gewesen seien.

Das dritte Panel fokussierte auf den Umgang der Bevölkerung mit den Medien und staatlicher Propaganda. OLGA GALANOVA (Bielefeld) offenbarte anhand humoristisch anmutender Tonbandmitschnitte die „Rhetorik der Politisierung vom Alltäglichen in Anrufen bei der öffentlichen Dienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR". Dabei galt der soziologische Blick weniger den Inhalten und Akteuren, sondern vielmehr den Formen und Strukturen kommunikativer Handlungen. In Eingaben sei zum einen die Mikrostruktur politischer Kommunikation erkennbar, zum anderen ermögliche die Politisierung von Beschwerden neue Zugänge zur Rekonstruktion des Alltäglichen. ELENA A. BOGDANOVA (St. Petersburg) untersuchte anhand von Interviews die retrospektive Selbstwahrnehmung der eigenen ideologischen Verortung und des Verhältnisses der Bürger zur offiziellen Staatsideologie und den Medien. Anknüpfend an Forschungsparadigmen von 'edinomyslie' (Gesinnungsgleichheit, Einmütigkeit) über 'dvoemyslie' (gespaltenes Denken) zu 'raznomyslie' (plurales Denken) schlug sie zur Erfassung der Einstellungen innerhalb der Gesellschaft eine weitere Kategorie vor: 'Zdravomyslie' (zu deutsch in etwa Vernunft, gesunder Menschenverstand) soll die Mehrheit der Bürger in der Spätphase sowjetischer Geschichte charakterisieren helfen, die zumeist in ihrer Kindheit oder Jugend keinen Zweifel an der Ideologie hegten, im Erwachsenenalter aufgrund der tiefen Widersprüche zwischen realem Leben und Staatsideologie jedoch von dieser Abstand genommen hätten. Die Beiträge wurden von DIETMAR WULFF (Bielefeld) durch den Appell ergänzt, nicht nur die Propaganda in den Fokus historischer Forschung zu rücken, sondern ebenso die Ideologie ernst zu nehmen. Diese sei zwar von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt worden, aber dennoch allgegenwärtiger Bestand-

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

teil des Alltagslebens gewesen und habe zur Systemstabilisierung beigetragen.

Das vierte Panel „Geld, Konsum, Arbeit: Mobilisierung, materielle Kultur und Kommunikation“ unter Leitung von Kirsten Bönker (Bielefeld) wurde durch einen Beitrag von JAKOB FRUCHTMANN (Bremen) über monetäre Diskurse in der Sowjetunion eröffnet. Dieser galt den ideologischen Ansichten über das Geld und deren medialer Verarbeitung, die sich von der Prophezeiung der baldigen „Abschaffung des Geldes im Kommunismus“ zu einer regelrechten Glorifizierung des Geldes gewandelt hätten. Geld, das immer auch Auskunft über das Funktionieren einer Gesellschaft geben könne, hätte in der Sowjetunion in erster Linie als Steuerungselement der Kommandowirtschaft gedient. LAURA HONSBERGER (New York) nahm die materielle Kultur in der DDR anhand der öffentlichen Repräsentation und Präsenz der UdSSR durch sowjetische Gebrauchs- und Alltagsgegenstände und die Werbung in den Blick. Ihrem Urteil zufolge offenbarte sich in der Omnipräsenz sowjetischer Produkte eine Strategie, die auf die Suggestion von Völkerfreundschaft, Fortschritt und sozialistischer Integration abzielte, bei den DDR-Bürgern jedoch auf geteilte Resonanz traf. CHRISTIAN KURZWEG (Leipzig) analysierte die Akzeptanz des Sozialismus anhand einer Kampagne zur temporären Einbindung von DDR-Verwaltungsfunktionären in die betrieblichen Produktionsabläufe. Von 1957 bis 1961 suchte das Regime auf diese Weise, eine Disziplinierung der praxisfernen und bürokratischen Funktionäre und eine Demokratisierung des Verwaltungsapparates einerseits und die Heranführung der Werktätigen an den Staatsapparat andererseits zu erreichen. Kurzweg sah hierin zwar nicht eindeutig ein Instrument der Systemstabilisierung, jedoch durchaus einen Vorläufer späterer Kommunikationsmechanismen, etwa des Eingabewesens, die eine systemstabilisierende Funktion innegehabt hätten. In seinem Kommentar brachte Christoph Boyer (Salzburg) zum Ausdruck, dass alle hier genannten Fallbeispiele auf „ingenieurtechnische“ Fragen der Produktion und der Planwirtschaft abzielten und die damit einhergehende Kommunikation zum Scheitern verurteilt gewesen sei. Schließlich hätte die Kommunikation hier nicht der Lösung systemischer Probleme, sondern einzig dieser technokratischen Probleme gegolten.

Den Strategien der Kommunikation „von unten“ durch Eingaben und Wahlen wurde im letzten Panel nachgegangen – moderiert von Thomas Bohn (Gießen). Den Anfang machte STEFAN LEHR (Münster) mit einer Untersuchung der Eingaben an das tschechische Fernsehen und Radio in den von Repression geprägten Jahren nach dem „Prager Frühling“. Er ging dabei von der These aus, dass gesellschaftlicher Konsens und Akzeptanz der sozialistischen Ordnung keineswegs nur durch Gewalt und Unterdrückung hergestellt werden sollten. Am Programm von Fernsehen und Radio ließe sich ein ernsthafter Überzeugungsanspruch ebenso feststellen wie die Befriedigung der Bedürfnisse nach Unterhaltung und Zerstreuung. Die in den Schreiben der Bürger zum Tragen gekommenen Narrative hätten sich in der ČSSR nur zu einem geringen Teil auf Themen der politischen Sphäre bezogen und wären in noch geringerem Ausmaß kritischer Natur gewesen. Als Informationsquellen über die Stimmungen in der Bevölkerung und Ventil für Unzufriedenheit hätten die Eingaben eine Stütze der Diktatur dargestellt, wobei für die Zeit der „Normalisierung“ eine Entpolitisierung der Kommunikation konstatiert werden könne. In einer weiteren Fallstudie widmete sich ALIAKSANDR DALHOUSKI (Gießen) den Briefen der weißrussischen Bevölkerung nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl'. In der Kommunikation zwischen Bevölkerung und Staat sei es zunächst gelungen, den schriftlichen Protest über die Folgen des Unglücks im Rahmen eines „Tschernobyl'schen Sozialkontrakts“ zu entpolitisieren und aktives Aufbegehren zu verhindern. Während Eingaben bis 1988 ein probates Mittel zur Befriedigung individueller materieller Bedürfnisse gewesen seien, hätte sich die Bevölkerung ab 1989 zunehmend kollektiver und offener Protestformen bedient, wodurch Eingaben als Kommunikationsmittel ihre Bedeutung kontinuierlich verloren hätten. HEDWIG RICHTER (Greifswald) widmete sich mit ihrem Beitrag zum ostdeutschen Berichtswesen schließlich einem weiteren Feld der vertikalen Kommunikation. In den massen-

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

haft verfassten und nach oben weitergereichten Berichten aller Instanzen aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft hätte sich ein effizienteres Überwachungssystem manifestiert, als das Ministerium für Staatssicherheit gewährleisten konnte. Im Zuge dieser hoch politischen Informationsquelle sei 'das Politische' nicht nur in jeden Bereich des öffentlichen und privaten Lebens eingedrungen, darüber hinaus hätte sich ein weitaus größerer Teil der Bevölkerung als bisher angenommen an Zuträgerdiensten, Bespitzelung und Denunziation beteiligt und somit zur flächendeckenden Überwachung beigetragen. In seinem Kommentar schlug Stephan Merl (Bielefeld) den Bogen zu den Ausgangsfragen des Workshops. Eingaben hätten im Sinne von Aushandlungsprozessen sowohl Ritual- als auch Ventilfunktion und darüber hinaus die Aufgabe gehabt, dem Apparat Informationen zu generieren. Das Eingabewesen sei somit Mittel zur Durchsetzung der Diktatur ebenso, wie zur Disziplinierung des Apparats selbst und summa summarum kein Werkzeug zur politischen Problemlösung, sondern ausschließlich Instrument zur Stabilisierung der bestehenden Herrschaftsordnung.

Der Workshop konnte ein facettenreiches Bild der gegenwärtigen Forschungslandschaft zum Staatssozialismus nach 1945 zeichnen, wobei gerade die interdisziplinäre Ausrichtung und der Blick über die Sowjetunion hinaus zu einer gelungenen Veranstaltung beitrugen. In den abschließenden Statements von Thomas Bohn, Christoph Boyer, Malte Griesse und Stephan Merl ebenso wie in der Abschlussdiskussion wurde eine Reihe weiterer Fragen aufgeworfen, die mögliche Forschungsperspektiven zur politischen Kommunikation im Staatssozialismus eröffneten. Neben vielschichtigen inhaltlichen Aspekten kamen hier auch Differenzen in den methodischen Arbeitsweisen zur Sprache. Dass in der Beurteilung von Kommunikation in sozialistischen Systemen kein Konsens hergestellt werden konnte, liegt in der Natur der Sache. Dies wurde bezogen auf die Rolle staatlicher Propaganda ebenso deutlich wie die Bewertungen der politischen Relevanz von Eingaben divergierten. Neben der Suggestion von Normalität und einer stabilitätsstiftenden Ventilfunktion kann hinter diesen auch ein ernsthaftes Interesse an den Sorgen und Nöten der Menschen vermutet und in Eingaben zudem eine wertvolle Quelle über Ansichten und Einstellungen der Bevölkerung gesehen werden. Mit der 'politischen Kommunikation' rückte die Tagung ein Forschungsfeld in den Fokus, welches auch in Zukunft vielversprechende Erkenntnisse zum Verständnis sozialistischer Gesellschaften erwarten lässt. Dabei sollte jedoch von einer dichotomen Darstellung der Wechselbeziehung Staatsbürger-Staatsapparat Abstand genommen werden. Der im Forschungsprogramm des SFB formulierte Definitionsraum eröffnet in diesem Zusammenhang viele Zugänge jenseits schematisch-bipolarer und auf Antagonismen abzielender Gegenüberstellungen und eines synchronen Blicks auf die Geschichte.

Konferenzübersicht:

Einführung

Kirsten Bönker (Bielefeld): Der Bielefelder SFB 584: „Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte"

Stephan Merl (Bielefeld): Perspektiven politischer Kommunikation im Staatssozialismus nach 1945

Panel 1: Senden I: Propaganda als Strategie medialer Kommunikation
Moderation: Stephan Merl (Bielefeld)

Agnieszka Zagańczyk-Neufeld (Bochum): Lügt die Partei wirklich? Rechtfertigungsstrategien der polnischen PVAP im offiziellen Publikationswesen

Anke Fiedler, Michael Meyen (München): Medienlenkung als Öffentlichkeitsarbeit: Eine quantitative Inhaltsanalyse von vier zentralen DDR-Zeitungen (1950 bis 1989)

Mark Miller (Cambridge): The East German Mass Media Coverage of the Neue Ostpolitik

Kommentar: Christoph Boyer (Salzburg)

Panel 2: Senden II: Humor als Strategie medialer Kommunikation
Moderation: Malte Griesse (Bielefeld)

Ivana Dobrivojevic (Belgrad): Cartoon as a powerful propaganda tool. Creating the images of East and West in Yugoslav satirical

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

press

Anna Tikhomirova (Reutlingen): Lachen als Wunderheilmittel? Mode und Kleidungskonsum als Themen politischer Kommunikation in der sowjetischen Satirezeitschrift Krokodil (1950er-1980er Jahre)

Kommentar: Thomas Bohn (Gießen)

Panel 3: Sehen und hören: Zum Umgang mit der Propaganda und den Medien
Moderation: Christoph Boyer (Salzburg)

Olga Galanova (Bielefeld): Rhetorik der Politisierung vom Alltäglichen in Anrufen bei der öffentlichen Dienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR

Elena A. Bogdanova (St. Petersburg): „Tell me what radio channel do you prefer, and I'll tell you who you are". One more view on the social structure of the late-soviet society

Kommentar: Dietmar Wulff (Bielefeld)

Panel 4: Geld, Konsum, Arbeit: Mobilisierung, materielle Kultur und Kommunikation
Moderation: Kirsten Bönker (Bielefeld)

Jakob Fruchtmann (Bremen): Geld in der Sowjetunion – Medium politischer Kommunikation?

Laura Honsberger (New York): „Wenn der Samowar dampft": Communicating East German Socialism with the Soviet Object

Christian Kurzweg (Leipzig): Die „körperliche Arbeit" von Verwaltungsfunktionären der DDR, 1957-1961

Kommentar: Christoph Boyer (Salzburg)

Panel 5: Gehör finden wollen: Strategien der Kommunikation „von unten"
Moderation: Thomas Bohn (Gießen)

Stefan Lehr (Münster): Eingaben an das tschechische Fernsehen und Radio im Kontext der Normalisierung

Aliaksandr Dalhouski (Gießen): Kommunikation zwischen Bevölkerung und Staat nach Tschernobyl in Weißrussland

Hedwig Richter (Greifswald): Die Effizienz bürokratischer Normalität. Das ostdeutsche Berichtswesen.

Kommentar: Stephan Merl (Bielefeld)

Abschlussdiskussion: Perspektiven politischer Kommunikation im Staatssozialismus nach 1945
Moderation: Kirsten Bönker (Bielefeld)

Thomas Bohn (Gießen), Christoph Boyer (Salzburg), Malte Griesse (Bielefeld), Stephan Merl (Bielefeld)

Tagungsbericht *Politische Kommunikation im Staatssozialismus nach 1945*. 07.10.2011-08.10.2011, Bielefeld, in: H-Soz-u-Kult 05.01.2012.

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.